

# Lübecker



# Volksbote

Tageszeitung für

das arbeitende Volk

Nummer 47

Montag, 25. Februar 1929

36. Jahrgang

## Stahlhelm bei Hindenburg!

### Eine geheimnisvolle Unterredung

Der „Stahlhelm“ macht seinem Ehrenmitglied, dem Herrn Reichspräsidenten große Not. Der „Stahlhelm“ haßt diesen Staat „mit ganzer Seele“; der Reichspräsident vertritt diesen Staat nach innen und außen. Daß das ein auf die Dauer unhaltbarer Zustand ist, ist jetzt endlich auch dem Herrn Reichspräsidenten klar geworden.

Also ließ er die Herren Selbte und Düsterberg zu sich bitten, und unterhielt sich am Sonnabend ein paar Stunden lang mit ihnen. Aber wer von dieser Unterredung die lang ersehnte Entscheidung erwartete, der ist wieder einmal enttäuscht. Kein Wort von dem, was dort hinter gepolsterten Türen verhandelt wurde, darf nach außen dringen. Wird der Stahlhelm zur Vernunft kommen —? Oder wird Herr v. Hindenburg austreten? — Oder wird weiter gewürfelt wie bisher?

Dies Schweigen hat schon zu seltsamen Vermutungen geführt. Eine Berliner Korrespondenz, die oft, aber nicht immer richtig informiert ist, spricht die Meinung aus, es habe sich bei der geheimnisvollen Unterredung gar nicht nur um die theoretische Frage der Staatsfeindschaft gehandelt, sondern um sehr greifbare Pläne des Stahlhelms, der von Ostpreußen her einen neuen Putschversuch plane. Und

der gute Reichspräsident habe sich bemüht, den Führern des „Stahlhelms“ diese verbrecherischen Pläne auszureden.

Was daran wahr ist, wissen wir nicht. Sicher ist, daß in Ostpreußen eine wirtschaftliche Not herrscht, die fürchtbar ist, und daß die dort nistenden Junker, die fürchtbar ist, und daß die dort nistenden Junker, mit denen die Republik allzu sanft umgegangen ist, diese Notlage für ihre Zwecke auszunutzen suchen. Es gibt dort Leute, die sich nicht scheuen, sogar mit dem Gedanken eines Anschlusses an Polen zu spielen, nur um der verhassten Republik Schwierigkeiten zu machen. Und Herr Düsterberg, der im „Stahlhelm“ den wohlbeleibten Vikorfabrikanten Selbte an die Wand gedrückt hat, sind allerlei Dummheiten zuzutrauen.

Trotzdem glauben wir nicht an all diese Schredgespenster. Die inneren Machtverhältnisse in Deutschland sind heute stabilisiert. Auch der Stahlhelm weiß, daß er auf Granit heißt, wenn er die Republik angreift.

Fünf Jahre Reichsbanner haben einen ehernen Wall geschaffen, an dem all diese Drohungen zerflattern. Aber bitter wird es den Kameraden von Reichsbanner, zu sehen, wie der Reichstag, dem sie das unerschütterliche Fundament geschaffen haben, heute mißbraucht wird zum Handel um Ministerposten. Die Republik wird auch daran nicht zugrunde gehen, wohl aber die Parteien, die der ihnen vom Volk gestellten Aufgabe so wenig gerecht werden.

## Die Munitionsschiebung von Kiel

Ein Jahr Voruntersuchung / Zehn Personen unter Anklage / Darunter ein Reichswehroffizier

Berlin, 24. Februar

Das Rätsel der Kieler Munitionsaffäre, die im Januar vorigen Jahres größtes Aufsehen hervorrief, scheint endlich seiner Lösung näherzukommen. Damals waren bekanntlich im Hafen von Kiel

17 Waggons Reichswehrmunition bei der Verladung auf ein Transportschiff beschlagnahmt worden, ohne daß, wie anfangs verlautete, Absender und Empfänger ermittelt werden konnten. In der vergangenen Woche ist nochmals amtlich mitgeteilt worden, daß der Kieler Staatsanwalt die Voruntersuchung abgeschlossen habe, daß aber Namen der von ihm angeklagten Personen vorläufig nicht genannt werden könnten.

Wie der „M.“ erfährt, hat der Staatsanwalt gegen insgesamt 10 Personen die Eröffnung des Hauptverfahrens beantragt. Die Mehrzahl der Angeklagten sind Angehörige der Schrot- und Speditionsfirmen, die bei dem Versuch, die mysteriöse Munitionsladung abzustößen, beteiligt waren.

Daneben ist auch der im Reichswehrministerium beschäftigte Leutnant Proke angeklagt.

Die Anklage wird erhoben wegen Vergehens gegen das Kriegsgüterverwaltergesetz, gegen das Gesetz zum Schutze der Republik, Verheimlichung von Munitionsvorräten und wegen verbotener Ausfuhr. Einige Angeklagte werden nur der Beihilfe zu diesen Vergehenden beschuldigt. Gegen den Oberregierungsrat Beuster, der im Reichswehrministerium in der Seetransportabteilung beschäftigt ist und von den beschuldigten Firmen wiederholt neben Leutnant Proke als Beteiligter genannt worden war, ist keine Anklage erhoben worden. Das Verfahren gegen ihn ist eingeleitet.

Wie noch erinnerlich, hatten die an der Durchführung des Kieler Munitionstransports beteiligten Privatfirmen, darunter des in jeder Beziehung einwandfreie Speditionshaus Schenker u. Co., wiederholt

öffentlich erklärt, daß sie den Auftrag zur Verladung der 17 Waggons erst dann akzeptiert hätten, als ihnen durch den Leutnant Proke und den Oberregierungsrat Beuster wiederholt und nachdrücklich im Namen des Reichswehrministeriums zugesichert worden war, daß die Sache ordnungsgemäß sei.

Daß nunmehr seitens des Staatsanwalts Anklage gegen Leutnant Proke erhoben wird, bekräftigt die Glaubwürdigkeit dieser Angaben. Um so merkwürdiger berührt es, daß das Reichswehrministerium sich zu der Angelegenheit noch nicht geäußert hat. Unmittelbar nach der Beschlagnahme der Kieler Munitionsaffäre hatte der Reichswehrminister Groener bei zwei verschiedenen Gelegenheiten im Reichstag erklärt,

die beiden beschuldigten Offiziere, Herr Proke und Herr Beuster, hätten eidestattlich versichert, mit der Sache nicht das Geringste zu tun zu haben.

Wenn sich ergäbe, daß Reichswehrangehörige sich an der Schiebung in irgendeiner Form beteiligt hätten, so würden sie in hohem Maße aus der Wehrmacht herausfliegen.

Zweifellos hatte Herr Groener diese Erklärungen, gestützt auf Informationen seiner Beamten, in bestem Glauben gegeben. Nachdem sich ergeben hat, daß diese Informationen unrichtig waren, sollte es sich eigentlich von selbst verstehen, daß der Reichswehrminister ohne besondere Aufforderung dem Reichstag und der Öffentlichkeit den wahren Sachverhalt mitteilt.

### Aus Gesslers Zeit

So werden wir betrogen!

Ein ehemaliger Angestellter der Rheobus-Film A. G., der Produkt Friedrich Murrich, erschien als Kläger beim Berliner Arbeitsgericht. Er war im vergangenen Jahr wegen Bilanzverschleierung entlassen worden. In einer Monatsbilanz figurierete z. B. der Verlust der Firma mit 20 000 Mark, in Wirklichkeit betrug er aber etwa 250 000 Mark. Er rechtferdigte sich damit, daß dieses Fiktionsstück im Auftrag des Reichswehrministeriums erfolgt sei. Diese Angabe wurde durch die Vernehmung zweier Beamten des Reichswehrministeriums bestätigt. Angesichts jener famosen Anweisung aus der Zeit des Regimes Gessler kam das Arbeitsgericht zu einer Verteilung der Rheobusgesellschaft, die dem Kläger bis zum 31. März 1929 Gehalt zahlen muß.

Abtrünnig macht auch der hohe Chef selbst wieder mal von sich reden. Man erinnert sich noch, daß nach seinem viel zu lange hinausgeschobenen Ausscheiden aus dem Reichswehrministerium die Nachricht umging, der Herr Reichsminister wolle seine hohen Gaben dem Bankfach widmen. Natürlich sofort ein Dementi. — Heute berichtet der stets gut informierte „M.“, Otto sei bei der „Dresdner Bank“.

### Mit der Mistgabel erschlagen

Die Rache des Zuchthäuslers

Dömitz, 25. Februar (Radio)

In dem an der mecklenburgischen Grenze gelegenen Dorfe Prezler wurde der Landwirt Schulz von einem am 12. Februar aus dem Zuchthaus entlassenen Landarbeiter Schulz mit einer Mistgabel erschlagen. Die Ehefrau des Landwirts, die sofort auf die Hilferufe ihres Mannes herbeieilte, wurde ebenfalls niedergeschlagen und erhielt einen Stich ins Genick. Ihre Verletzungen sind lebensgefährlich. Der Mörder, der erst eine achtjährige Zuchthausstrafe abgeübt hatte, konnte von den herbeieilenden Bewohnern überwältigt und der Landjägerei übergeben werden. — seiner Vernehmung gab er an, daß er die Tat aus Rache begangen habe und daß er die Absicht hatte, die ganze Familie Schulz umzubringen.

### Salentruziererstrupps machen sich mauzig

Königsberg, 25. Februar (Radio)

Am Sonnabend drangen Nationalsozialisten in eine Versammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in großer Zahl ein, um sie zu sprengen. Durch starkes Polizeiaufgebot konnte die Sprengung verhindert werden. Die nationalsozialistischen Rädelsführer wurden mit Gewalt aus dem Saal geführt, worauf das Referat des Syndikus Arthur Schwering ungestört erfolgen konnte. Gegen die Führer der nationalsozialistischen Sprengkolonne ist Anzeige wegen Hausfriedensbruches und Widerstandes gegen die Staatsgewalt erfolgt.

## Es ist genug!

Von  
Rudolf Breitscheid

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei hat am Freitag beschlossen, den Zentralvorstand für Dienstag zusammenzuberufen. Die Aufgabe dieser Instanz wird dahin umschrieben, daß sie eine einheitliche Willensfindung der Partei angesichts der gegenwärtigen ernsten Lage schaffen soll, und aus dem Kommunikative der Sitzung des Parteivorstandes kann geschlossen werden, daß man von der Körperschaft, die im vergangenen Frühjahr die gleichzeitige Umbildung der Regierung im Reich und in Preußen gefordert hat, jetzt nach dem Scheitern aller Einigungsversuche in Preußen einen Verzicht auf diesen Anspruch erwartet. Nachdem die preußische Landtagsfraktion der Volkspartei in unverständlicher Verblendung nicht nur alle Verständigungsvorschläge zurückgewiesen, sondern auch ausdrücklich erklärt hat, sie werde sich in ihren Entscheidungen durch etwaige Beschlüsse des Parteivorstandes nicht beirren lassen, bleibt jetzt in der Tat kein anderer Weg mehr als die Lösung der Krise im Reich ohne Rücksicht auf die volksparteilichen Wünsche in Preußen. Vorausgesetzt natürlich, daß man nicht das Chaos will.

Wir sollten meinen, daß der Zentralvorstand diesen Sachverhalt klar erkennt und aus seiner Erkenntnis die notwendigen Schlussfolgerungen zieht. Es gibt jetzt nur noch ein deutliches und unumwundenes Ja oder Nein. Ein Versuch, neue Verhandlungen oder neue Besprechungen anzuknüpfen, wäre zwecklos und gefährlich. Zwecklos, weil doch keine neue Basis gefunden werden kann, und gefährlich, weil die Unsicherheit der Lage noch mehr verstärkt würde. Das Ergebnis der Beratung vom Dienstag muß also dem Reichskanzler die Möglichkeit eröffnen, die Ernennung der drei Zentrumsminister im Reich unverzüglich vorzunehmen und damit die Große Koalition ins Leben zu rufen.

Aber auch an die Adresse des Zentrums ist ein ernstes Wort zu richten. Fällt der Beschluß der Volkspartei so aus, wie wir es einstweilen erwarten möchten, so darf das Zentrum, dessen ursprüngliches Begehren damit doch erfüllt ist, keine neuen Schwierigkeiten machen. In den letzten Tagen konnte man von seinen führenden Mitgliedern immer wieder Bedenken gegen die Übernahme des Justizministeriums durch einen Zentrumsmann hören. Die Verantwortung für die Einbringung eines Chereformgesetzes und anderer jüngst viel diskutierter Vorlagen sei für die Partei eine zu schwere Belastung. Man solle deshalb an eine Umgruppierung im Kabinett, wie etwa die Berufung von Dr. Curtius zum Justizminister und die Befehung des Wirtschaftsministeriums durch das Zentrum denken.

Würde diesem Verlangen entsprochen, so hieße das neue Wirrsale und neue Komplikationen heraufbeschwören. Wider seinen Willen kann man Herrn Curtius nicht aus seinem Ressort entfernen, dem er lange Zeit hindurch seine eifrige Arbeit gewidmet hat und in dem ein Wechsel gerade jetzt während der Reparationsverhandlungen höchst ungewöhnlich sein würde. Vielleicht besteht die Möglichkeit, dem Zentrum eine gewisse Erleichterung dadurch zu verschaffen, daß die Gehehe, für die es eine Verantwortung nicht übernehmen mag, auf dem Initiativwege durch die Parteien eingebracht werden. Jedenfalls aber geht es nicht an, jetzt aufs neue auf die Suche nach einem der Partei mehr genehmen Ministerium zu gehen.

Wir hoffen also, daß die Bahn im Reich nunmehr frei gemacht wird. Nach all den schlimmen Erfahrungen der letzten Wochen sind wir allerdings genötigt, auch der Möglichkeit eines anderen Ausgangs ins Auge zu sehen. Was soll geschehen, wenn der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei nicht die Kraft zu dem rettenden Beschluß findet, und wenn er etwa durch die krankhaften Gelüste der preußischen Landtagsfraktion angeleitet wird? Dann gibt es nach unserer Auffassung nur eins, und das ist, daß trotzdem die Zentrumsminister umgehend ernannt werden. Ob in diesem Fall die Volkspartei ihre beiden Vertreter aus dem Kabinett zurückziehen oder sich vielleicht auf den Standpunkt stellen würde, daß sie sie nicht mehr als ihre eigentlichen Vertrauensmänner betrachte, steht dahin. Täte sie aber einen solchen Schritt, so müßte die Regierung, wie immer sie aussähe, vor den Reichstag treten und die Vertrauensfrage stellen. Für ihren etwaigen Sturz trüge dann die Volkspartei vor dem Lande die klare Verantwortung.

Ähnlich wäre vorzugehen, wenn das Zentrum sich versagte, weil seine Ressortwünsche unbefriedigt blieben. Es handelt sich jetzt darum, nach all dem Kleinlichen und für die Masse des Volkes unverständlichen Geräusche und Gezänne endlich Klarheit zu schaffen. Es muß den Wählern draußen gezeigt werden, welche Partei im gegenwärtigen Augenblick den verhängnisvollen Mut aufbringt, einen Akt zu vollziehen, durch den nicht nur ein Kabinett gestürzt, sondern Staat und sein Regierungssystem den denkbar größten Gefahren ausgesetzt wird.

Die sozialdemokratischen Minister insbesondere können ihrerseits die Initiative zu einem Rücktritt der Regierung vor einer Entscheidung im Parlament nicht ergründen. Sie haben sich, unterstützt von ihrer Fraktion, alle Mühe gegeben, einen Ausgleich zwischen den streitenden Gruppen herbeizuführen, obwohl sie sich ebenso gut wie das Zentrum darauf hätten berufen können, daß ein Verlassen des Regierungsschiffes für sie unter parteipolitischen Gesichtspunkten angenehmer und nützlicher

gewesen sei. Sie haben sich in der Kritik an dem Verhalten von Zentrum und Volkspartei die größte Zurückhaltung auferlegt, weil ihnen das Interesse des Staates höher stand als die Freude an einer Polemik, die über die Reihen ihrer Anhänger hinaus sicherlich ihre Wirkung ausgeübt hätte. Sie haben mit einem Wort Verantwortlichkeitsgefühl bewiesen und sie werden diese Linie bis zum letzten verfolgen.

Das aber bedeutet eben, daß die Sozialdemokratie jetzt eine Entscheidung fordern muß. Es ist genug des Hin- und Her- und Drumherumredens. Mangelhaft verkleidete Prellgerüchteleien und dergleichen mehr haben lange genug ihre Rolle gespielt. Die Frage lautet jetzt nur noch: Wollen Volkspartei und Zentrum die Große Koalition oder wollen sie angesichts der schweren wirtschaftlichen und finanziellen Not und angesichts der ungeheuren außenpolitischen Probleme, vor die wir in der nächsten Zeit gestellt werden, Verwirrung und Katastrophe? Sie wissen ebenso gut wie wir, daß im gegenwärtigen Reichstag eine andere tragfähige Mehrheit nicht zu schaffen ist. Sie wissen ebenso gut wie wir, daß eine Auflösung des Parlaments, ganz abgesehen von ihren Bedrohungen für die Verfassung, wahrscheinlich kein wesentlich verändertes Bild bringen würde. Wenn sie, was anzunehmen wir uns allerdings scheuen, trotzdem der staatspolitischen Vernunft nicht den Vorrang einräumen wollen, dann sollen sie genötigt sein, dem offen durch ein parlamentarisches Votum Ausdruck zu geben.

# Reichshaushalt und Invalidenversicherung

## Schahwechsel statt Bauzuschuß

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Der Reichsbeitrag zur Invalidenversicherung, der durch Gesetze von 1927 und 1928 zur Aufwertung eines Teiles der durch die Inflation entwerteten Versicherungsansprüche bereitgestellt wurde, ist für das Rechnungsjahr 1929 auf 164 Millionen Mark festgesetzt worden. Nach einem Vorschlag des Reichsfinanzministers soll dieser Betrag nicht wie bisher in bar, sondern in Schuldverschreibungen gezahlt werden, z. B. in Schahwechseln mit längerer Laufzeit.

Dieser Vorschlag ist in der Öffentlichkeit auf große Bedenken und zum Teil scharfe Kritik gestoßen. Erstens ist vermutet worden, daß hier ein vorhandenes Defizit unsichtbar gemacht werden soll. Diese Annahme ist deshalb unsichtig, weil der genannte Betrag durch Steuereinnahmen völlig gedeckt wird. Der wahre Zweck des Vorschlags ist also ein anderer.

Er besteht darin, die stark angespannte Kassenlage des Reichs, die eine Folge der Finanzpolitik der früheren Minister Reinhold und Köhler ist, zu entlasten. Seit Jahren wird im außerordentlichen Haushalt ein Defizit mitgeschleppt, das nur deshalb für die Öffentlichkeit unsichtbar geblieben ist, weil es durch Mittel des ordentlichen Etats abgedeckt wurde. Dieser Weg mußte immer ungangbarer werden, je mehr die ordentlichen Einnahmen für ihren eigentlichen Zweck Verwendung fanden. In dem gleichen Maße mußte das Defizit des außerordentlichen Haushalts durch langfristige Schuldverschreibungen ausgeglichen werden.

Schon zu Ende des Jahres 1928 wurden neben Ausgabe kurzfristiger Schahwechsel verhältnismäßig hohe Darlehen bei den verschiedenen Reichsanstalten aufgenommen, die später aus inzwischen eingegangenen Steuererträgen zurückgezahlt werden konnten. Nun ist für den Märzultimo mit einer weiteren Steigerung des Kassenbedarfs bis auf rund eine Milliarde Mark zu rechnen, wofür flüssige Mittel in gleicher Höhe nicht vorhanden sind. Um diese bedrängte Lage zu mildern, sollen langfristige Schahwechsel bei den Versicherungsanstalten untergebracht werden. Der Bedarf des Reichs an kurzfristigen Deckungsmitteln würde sich damit um den gleichen Betrag verringern. Es handelt sich also um eine in der gegenwärtigen Finanzlage begründete kassentechnische Maßnahme, die mit Staatsgestaltung nicht im Zusammenhang steht.

Ein zweiter Einwand ist gegen den Vorschlag des Reichsfinanzministers besonders in der Zentrums-Presse erhoben worden. Es wurde behauptet, daß die Abdeckung des Reichsbetrages durch Schuldverschreibungen den Versicherungsträgern die Möglichkeit nehme, im bisherigen Umfang für den Wohnungsbau, zur Förderung der Gesundheitspflege und für landwirtschaftliche Meliorationen beizutreten.

Demgegenüber ist zur Kennzeichnung der Rechtslage vorerst darauf hinzuweisen, daß die Versicherungsträger seit langem auf Grund der Reichsversicherungsordnung verpflichtet sind, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Mittel in Reichs- und Staatsanleihen anzulegen. In einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums von 1924 ist dieser Satz auf 25 Prozent festgesetzt worden. Diese Vorschrift ist bisher nur teilweise durchgeführt worden. Künftig sollen die Versicherungsträger zur Übernahme des restlichen Teils der öffentlichen Anleihen veranlaßt werden.

Es kann also weder von einer Verkürzung der Rechte der Versicherungsträger gesprochen werden, noch von einer Beeinträchtigung der Kreditverhältnisse. Diese Beeinträchtigung wird schon deshalb nicht eintreten, weil die Versicherungsträger auch bisher genötigt waren, einen Teil ihrer Mittel flüssig anzulegen, um jederzeit die Ansprüche der Versicherten erfüllen zu können. Die Schahwechsel des Reichs, die sie in Zukunft aufnehmen sollen, bilden aber in jeder Hinsicht eine solche sichere und flüssige Anlage. Daher wird auch keinerlei Beeinträchtigung des Wohnungsbaues erfolgen. Um Bedenken und Widerstände, die sich in dieser Beziehung hätten ergeben können, von vornherein zu vermeiden, hat übrigens das Reichsfinanzministerium den Plan vorher sowohl mit dem Wohnungsausschuß des Reichstages, wie auch mit dem Verband der Landesversicherungsanstalten durchberaten. Das Ergebnis dieser Beratungen war, daß alle Beteiligten die Notwendigkeit der Maßnahmen anerkannten. Diese Zustimmung zu dem Vorschlag des Reichsfinanzministers haben damals auch die Vertreter des Zentrums im Wohnungsausschuß gegeben. Es berührt darum um so mehr, daß jetzt, nachdem das Zentrum nicht mehr an der Regierung beteiligt ist, von der Zentrums-Presse in demagogischer Weise gegen die Vorschläge des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers polemisiert wird. Die geplante Maßnahme ist ausschließlich verschuldet worden durch die Finanzpolitik der früheren Reichsregierungen, an denen das Zentrum führend beteiligt war. Darum hat das Zentrum am allermeisten daran teilzunehmen, die Maßnahmen zu kritisieren, die es zu allererst verantworten mußte.

## Das Hochwasser kommt



Die unermittelt eingetretene Warmwetterperiode hat die Gefahr großer Ueberschwemmungen in nächste Nähe gerückt. In allen bedrohten Orten Deutschlands, namentlich am Rhein, werden daher bereits die umfangreichsten Vorkehrungen getroffen. In Griechenland, wo die Schneeschmelze einige Tage früher als bei uns eingetreten ist, hat das Hochwasser katastrophale For-

men angenommen. In den Flußtalern der Struma und Maritza stehen insgesamt 100 000 Hektar Ackerland unter Wasser. Zahlreiche Dörfer sind von den Fluten unter Wasser gesetzt. Die Einwohner haben sich in die Gebirge geflüchtet. Unser Bild zeigt ein aus der ungeheuren Wassermasse einsam aufragendes Haus im Tale der Maritza.

# Geheimvertrag zwischen Belgien und Frankreich

## Sensationelle Veröffentlichung einer holländischen Zeitung

Berlin, 25. Februar (Radio)

Das Utrechter Tageblatt veröffentlicht in seiner Sonntagsausgabe auf französisch und in holländischer Uebersetzung den Text eines geheimen Militärvertrages, der zwischen Belgien und Frankreich im Jahre 1920 abgeschlossen wurde. Der Vertrag, der sich ausschließlich gegen Deutschland und Holland richtet, ist als echt zu bezeichnen. Er wurde am 25. Jahre abgeschlossen und bleibt, wenn er nach dieser Zeit nicht gelündigt wird, automatisch weitere 25 Jahre in Kraft.

Das Abkommen hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1. Wenn Frankreich im Kriegszustande mit Deutschland oder mit irgend einer anderen Macht ist, die auf irgendwelche Weise durch Deutschland unterstützt wird, soll Belgien seine ganze verfügbare Macht Frankreich zur Verfügung stellen. Wenn dagegen Belgien im Kriegszustande mit Deutschland oder mit irgend einer anderen Macht ist, die auf beliebige Weise durch Deutschland unterstützt wird, soll Frankreich seine gesamte verfügbare Macht Belgien zur Verfügung stellen.

Artikel 2. Dieses Abkommen bezieht sich nicht allein auf die Rheingrenze. Es ist anwendbar auf jeden Angriff, an welcher Grenze er sich auch ereignen möge.

Artikel 3. Frankreich und Belgien mobilisieren augenblicklich und von sich aus, ohne daß vorher eine Verständigung hierüber zu erfolgen braucht, sobald eine andere Macht, die auf irgend eine andere Weise von Deutschland anerkannt wird, die Absicht zu mobilisieren erkennen läßt. Sie mobilisieren gegen Deutschland, sobald der casus foederis (Bündnisfall) festgestellt ist, sowie dieser bestimmt wird durch die Verträge und Abkommen, die jetzt die internationalen Beziehungen zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits regeln.

Artikel 4. Belgien verpflichtet sich, mindestens 600 000 Mann zu mobilisieren, die zur Hälfte aus aktiven Truppen, zur anderen Hälfte aus Reservetruppen bestehen. Frankreich verpflichtet sich, Belgien mit einer Truppenmacht von mindestens 1 200 000 Mann zur Hilfe zu kommen, die auf belgischem Gebiet operieren und zur Hälfte aus aktiven, zur anderen Hälfte aus Reservetruppen bestehen sollen.

Artikel 5. Die verfügbaren Truppen beider Länder werden gleichzeitig und in aller Eile eine kräftige Offensive beginnen und zwar in der Weise, daß Deutschland gleichzeitig im Norden und im Süden gegen die gemeinsame Aufstellung kämpfen muß.

Artikel 6. Die Generalführer der beiden Heere werden jeder Zeit die zur Vorbereitung der hier oben bezeichneten Maßnahmen notwendige Verbindung aufrecht erhalten. Das vorliegende Abkommen wird mindestens einmal jährlich der Gegenstand eines Meinungsanstandes zwischen den beiden Generalstäben sein.

Artikel 7. Dieses Abkommen wird geschlossen für einen Zeitraum von 25 Jahren. Jede der beiden vertragsschließenden Parteien soll es mit einjähriger Frist kündigen können. Die Verlängerung der Kündigung bedeutet die Annullierung des Abkommens für einen Zeitraum von 25 Jahren, der sofort beginnt, nachdem der erste beendet ist. Beide Parteien verpflichten sich, kein einziges militärisches Abkommen oder

diplomatisches Schriftstück zu unterzeichnen, durch das das vorliegende Abkommen aufgehoben wird. Im Falle eines Krieges werden sie keinen Sonderfrieden schließen.

Artikel 8. Der Inhalt dieses Artikels wird streng geheim gehalten werden.

In den Interpretationen zu dem Vertrag werden ausführliche Verhaltensmaßregeln für den Fall eines Konfliktes mit Deutschland oder Holland bzw. Italien aufgestellt.

# „Verprägte Arbeitergrotschen“

## Da Bauer, das ist ganz was anders . . .

„Ein Palais Unter den Linden am 21. Februar, abends 8 Uhr. Ein elegantes Auto nach dem anderen rollt an. Ihnen entsteigen die reichsten Finanz- und Industrieführer Deutschlands, diplomatische Vertreter kapitalistischer und faschistischer Regierungen, Damen in kostbaren Pelzen, mit blinkenden Juwelen an Hals, Arm und Händen. Da kommen Geheimrat Dr. Bähler (Reichsverband der Industriellen, jetzt IGG.), Dr. Wasserhann (Direktor der Deutschen Bank und Vertreter des Fährholztruffs), Dr. S. Hummel (Aufsichtsrat des IG-Farbenwerks und der Hoch-Werke), Geheimrat Meinhard (Aufsichtsratsvorsitzender der Osram-Werke), Hans von Raumer (Gefiro-Truff) und viele andere. Auch der diplomatische Vertreter Italiens, Graf Marescotti, fehlt nicht. Uniformierte Diener geleiten die Damen und Herren eherbietig in den Festsaal, wo 21 Kellner der etwa 100 Gäste hatten. Dreifaches silbernes Silberbesteck, herrliches Porzellan, funkelndes Kristall, teures Glas für jeden Gast. Auf Büttelpapier ist die Speisefolge gedruckt:

- Caviar-Balik
- Geflügel-Creme-Suppe Fenne
- Rheinjalm gekocht
- Sauce Benéttienne
- Brüßeler Koularde
- Schneepien-Croutons
- Ruß-Kartoffeln
- Salade Afre
- Grüne Spargelspitzen mit Trüffelstücken
- Ananas à la Paive
- Petit Four
- Warmes Käsegebäck

Dazu zweierlei Vitore, dreierlei Wein und Sekt. Stundenlang prägte und schlammte man — auf Kosten eines hungernden Volkes!

So etwa, nur in schlechterem Deutsch und mit zahllosen Schimpfwörtern gekleidet, hätte man es heute in der kommunistischen Presse gelesen, wenn nicht — ja wenn nicht das Palais Unter den Linden der russischen Botschaft gehörte, und wenn nicht Herr Krekiniski der Gastgeber gewesen

wäre. Wenn ein sozialdemokratischer Beamter in Erfüllung oft nicht ganz angenehmer Repräsentationspflichten eine festliche Veranstaltung besucht, so erscheint bald darauf in der kommunistischen Presse das Bild eines tafelnden und zehenden „Arbeitervertreter“. Nur wenn die sowjetrussische Botschaft ein Dinner veranstaltet, das die meisten anderen Veranstaltungen dieser Art an Glanz weit übertrifft, muß die unbestechliche Sozialkritik der kommunistischen Presse verstummen, da or-ernfalls sofortige Entlassung und hinauswurf droht.

Aber wenn sich der Wortführer der Lübeder Bürgerchaft etwa wieder einmal einfallen lassen sollte, einen parlamentarischen Abend mit Bier und Bodwurst zu veranstalten, dann wird man sehen, wie die Empörung lockt, in der Norddeutschen Kommissen.

Einwas widerlich, dieje doppelte Moral! — Nicht wahr?

## Heimwehr und Schußbund in Wien

Zwei Demonstrationen an einem Tag

Wien, 25. Februar (Radio)

Die Aufmärsche der Heimwehrorganisationen und des republikanischen Schußbundes, die im Verlaufe des Sonntag nachmittags veranstaltet wurden, sind in voller Ruhe verlaufen. Der Schußbund stellte rund 20 000 Menschen auf die Beine und hielt außerdem noch 9 000 Schußbündler in Bereitschaft. Den Ordnungsdienst in den Straßen versehen 6000 Mann in Zivil. Der eindrucksvolle Zug bewegte sich vom Parteihaus durch die Maria-Hilf-Straße am Ventmal der Republik vorbei, wo die Mitglieder des Parteivorstandes, des freien Gewerkschaftsbundes und Vertreter ausländischer Parteien Aufstellung genommen hatten. Am Rathausplatz erfolgte die Aufkündigung. Der Parteimarsch dauerte insgesamt 80 Minuten.

Die Heimwehr brachte nach genauen Zählungen nicht mehr als 3 200 Mann auf die Beine. Davon waren mehr als Zweidrittel Zivilisten. Auf dem Marsch wurden die Heimwehrlente wiederholt von den Arbeitern mit Pfei-Kufen bedacht. Die Auflösung des Heimwehruzuges erfolgte auf dem Schillerplatz, wo den auswärtigen Teilnehmern nach übereinstimmenden Feststellungen verhältnismäßig hohe Geldbeträge ausbezahlt wurden.



**Amtlicher Teil**  
**Bekanntmachung**  
Mit Rücksicht auf das eingetretene Tauwetter...

**Zwangsvollstreckung**  
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Lübeck...

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes am 16. November 1928...

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlages...

**Sozialdemokratische Partei**  
Bezirksverband Schleswig-Holstein  
**Nachruf!**  
Am Freitag, dem 22. Februar 1929, verstarb nach langer schwerer Krankheit...

**Deutscher Verkehrsbund**  
Ortsverwaltung Lübeck  
**Nachruf!**  
Am 23. ds. Mts. verstarb unfr. Kollege der Hafenarbeiter Hermann Busch...

**Öffentliche Versteigerung**  
Am Mittwoch, d. 27. d. Mts., vorm 9 Uhr, sollen in der Versteigerungshalle des Gerichtshofes folgende Gegenstände öffentlich versteigert werden:

Für die vielen Beweise untrer Teilnahme beim Heimgange meines lieb. Mannes, sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Im Namen d. Hinterbliebenen  
**Ida Grabbe**

**Esst Fisch**  
Donn blüht für pfand gepünd in Fisch

**Frau zum Holzofenbuden**  
**Lüders & Hintz**  
Kanalstr. 52

**Mietgesuche**  
Jg. Ehepaar sucht ein leeres Zimm. m. Kochgel. Ang u. L. 905 a. d. Exp.

**Verkäufe**  
1 Handwagen 3. verfr. Friedenstz. 49  
Gut erhalt. Kommode billig zu verk. An der Stadtfreiheit 2-4, n. L.

**Verloren**  
Entl. Schürhändl. B. d. Lohmühle 11  
**Verschiedene**  
**Dr. Biemann zurück**  
**Dr. Niemann zurück**

**Die eleganten Crepe-Gummi-Schuhe**  
sollten Sie nur meiner „Spezial-Werkstatt für elegante Schuhreparaturen“ anvertrauen. Mit der vorzüglichen Ausführung u. mit den billigen Preisen werden Sie stets sehr zufrieden sein. Ich verarbeite nur reinen Plantagen-Gummi!  
**Karl Nawrocki**  
75 Huxstraße 75

**Vom Lager billig!**  
30 Schlafzimmer in Höhe und tadelt von 225-950 RM.  
25 Etagen von 295-850 RM.  
15 Ferrenzimmer von 295-875 RM.  
50 Möbeln (kompl.) von 78-260 RM.  
Teilzahlung gestattet ohne Aufschlag.  
**Stüwes Möbel-Lager**  
Breite Str. 51, 9th.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Verwaltungshaus Lübeck  
**Mitglieder-Verammlung**  
am Dienstag, 26. Febr. abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

**Dr. Biemann zurück**  
**Dr. Niemann zurück**  
**Dr. Niemann zurück**  
**Balut - Matten**  
wirden in jed Größe zu den billigsten Preisen angefertigt  
**Gründer Schmidt**  
Tel. Spez. Geschäft Huxstraße 111/112, l. B. d. Huxstraße.

**Die letzten 3 Tage**  
**Es gibt keinen Waschtage mehr!**  
Welch schönes Wort für jede Hausfrau!  
**Auch Sie** müssen sich das **Washer** wunder ansehen: die neue **Patent-Kompressor-Waschmethode**  
Kostenlos wird gezeigt, wie man in fünf Minuten schneeweiße Wäsche erzielt ohne **Kochen, Ruffeln, Bürsten, Reiben.** 10fache Lebensdauer der Wäsche.  
**Probewaschen**  
Dienstag, 26. Februar, 5 Uhr nachm. u. 8 Uhr abends  
Mittwoch, 27. Februar, nur noch 5 Uhr  
Zuletzt Freitag, 1. März, 5 Uhr nachm. u. 8 Uhr abends  
widerum nur im Saale des **Turnerschaftshauses, An der Mauer 55a**  
Um pünktliches Erscheinen wird höflichst gebeten  
Die Patent-Kompressor-Methode (Ganz-Metall) besteht aus:  
1. dem Patent-Kompressor, D. R.-P.  
2. der Kompressor-Wringmaschine und kostet RM. 25.—  
Alle Käufer beim Probewaschen erhalten noch den Vorzugspreis von **RM. 20.—**  
**Kompressoren aus Stoff** ohne Patent... helern wir zu **6.- RM.**  
**Eintritt frei! Schmutzige Wäsche mitbringen!**

**Briketts**  
erstklassige Marken  
sowie alle sonstigen Brennstoffe zu haben bei  
**Piehl & Fehling Kohlenhandel G.m.**  
F. 21133 u. 21125 Beckergrove 89

**Familien-Anzeigen**  
Am 22. d. Mts. verstarb nach langer schwerer Krankheit unser Wächter  
**Herr Johann Planthaver**  
Wir verlieren in ihm einen pflichtgetreuen Arbeiter, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren werden.  
Lübeck, den 25. Februar 1929  
**Rudolph Karstadt A.-G.**  
Lübeck

Nach lang. schwer. Leiden entschlief am Sonnabend meine liebe Frau u. treuliebende Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Schwester, Schwägerin u. Tante  
**Anna Danitz**  
geb. Stahl  
im 55. Lebensjahre  
In tiefer Trauer  
**Martin Danitz**  
nebst Kindern u. allen Angehörigen  
Lübeck, 25. Febr.  
Scheidtampstr. 2b  
Beerdigung Donnerstags, d. 28. Febr., 1 1/2 Uhr, Kapelle Borwerf.  
Ein Kranzpend. n. d. Gem. Beil.-Gel.-Vereins, Lübeck, 49/51, erb.

Nach lang. schwer. Leiden entschlief heute mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater  
**Heinrich Meyer**  
im 79. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer im Namen all. Hinterbliebenen  
**Anna Meyer**  
geb. Kobrock  
Lübeck, d. 24. Febr. Martrung 17  
Beerdig. am Donnerstag, d. 28. Febr., 2 1/4 Uhr Kap. Borw.

**Deutscher Verkehrsbund**  
Ortsverwaltung Lübeck  
**Nachruf!**  
Am 21. ds. Mts. verstarb unfr. Kollege der Wächter  
**Johann Planthaver**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 27. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle Borwerf aus statt.  
**Friedrich Schwartz**  
und Kinder  
Für die bewiesenen Aufmerksamkeiten anlässlich der Beilegung meines lieben Mannes, sage ich allen meinen herzlichsten Dank.  
**Frau A. Jacobi**

**Willi Westfeling**  
Uhrmacher u. Juwelier Aegidienstr. 8a beim Klingenberg u. Glöcknerstr. 22  
**Schlüssel**  
für jedes Schloß zu haben  
Eisenhandlung **REESE**  
Huxstraße 123

**Deutscher Verkehrsbund**  
Ortsverwaltung Lübeck  
**Verammlung**  
der Kaufmanns-, Getreide- und Wein- arbeiter  
am Dienstag, 26. Febr. abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus  
Tage-Ordnung:  
1. Wahlen  
2. Verschiedenes  
Zahlreiches Erscheinen ermahnt  
**Die Ortsverwaltung**

**Gesellschaft Lübeck**  
Freitag, d. 1. März 1929 abends 8 Uhr  
**Rathausgäßchen, oberer Saal**  
Eingang Enger Krambuden  
Tagesordnung:  
Berichterstattung des Vorstandes und des Berichtigungsausschusses. Vorlegung der Kassenrechnung, Bericht der Kassenträger, Entlastung des Vorstandes hinsichtlich der Kassenführung, Vorstandswahlen, Wahl eines Kassenträgers, Bewilligungen, Verschiedenes.

**Arbeiter-Sport-verein Lübeck**  
Zusammenkunft aller Siederabteilungen am Mittwoch, 27. Febr. nachm. 5 1/2 Uhr  
**Arbeiter-Sportheim**  
Hundestraße 41  
Der Vereinskomitee findet umstündlich am 9. März 1929 statt.  
„Siner sagt's d. andern“  
Der Vorstand

**Bereinigter Alter u. Neuer Grundbesitzer-Verein e. V.**  
Sitz Lübeck  
Geschäftsstelle Mengstr. 18  
**Gr. Mitglieder-Verammlung**  
(Jahreshauptversammlung)  
am Mittwoch, dem 27. Februar 1929, abends 8 Uhr  
im **Kolosseum**, Kronsförder Allee  
Tagesordnung: (siehe Lübecker Grundeigentümer-Zeitung Nr. 2 Februar-Ausgabe) u. a. Vortrag des Herrn Polizeipräsidenten a. D. Dr. jur. A. zur Nieden, Lübeck, über „Bodenreform, Hausbesitz und der Entwurf eines neu. Wohnheimstättengesetzes“  
Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.

**Stadttheater Lübeck**  
Montag, 19.30 Uhr: Die Räuber (Trauerspiel) Ende 22.30 Uhr  
Dienstag, 20 Uhr: Intermezzo (Oper) Neu einführt!  
Mittwoch, 19.45 Uhr: Die Räuber  
Donnerstag 20 Uhr: Broadway (Schauspiel) Zum letzten Male.  
Donnerstag 20 Uhr: Gewerkschaftshaus  
10. Volkstänzer-Konzert unter Leitung des Lübeck. Singchöre

**Gr. Schlesischer Walzerabend**  
Sonnabend, 2. März  
**Konzerthaus Lübeck**  
**Zentral-Hallen**  
am Sonnabend, dem 2. März die letzte gr. Volksmaskerade  
Eintritt: Herren 80, Damen 60 Btg.  
Achtung! Achtung!  
Achtung!







